

Die Provisorien verschwinden endlich

Die Buslinie 163 bekommt ordentliche Haltestellen



Seit fast fünf langen Jahren halten die Busse der Buslinie 163 an provisorischen Haltestellen. Über Jahre sah sich das Bezirksamt nicht in der Lage, ordentliche Haltestellen zu planen und zu bauen. Endlich geht es voran und noch in diesem Jahr sollen die Haltestellen ordentlich gebaut werden.

Als am 31. Oktober 2021 die Straßenbahnstrecke über den Groß-Berliner-Damm eröffnet wurde, sollte die Buslinie 163 eigentlich eingestellt werden, die zuvor genau diese Strecke bediente. Damals gelang es mir dafür zu sorgen, dass die Buslinie nicht eingestellt wurde und der 163er seitdem über den Segelfliegerdamm und den Eisenhutweg nach Adlershof führt. Gerade mit Blick auf die Wohnungsneubauten entlang dieser beiden Straßen eine wichtige und richtige Entscheidung.

Doch das Bezirksamt, zuständig für die Planung und den Bau der Haltestellen,

sah sich über Jahre nicht in der Lage die Haltestellen zu errichten. Gemeinsam mit einem engagierten Rollstuhlfahrer sorgte ich für die Thematisierung im Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin.

In den darauffolgenden Jahren hat der Ausschuss die Senatsverwaltung für Verkehr, die BVG und das Bezirksamt gedrängt und immer wieder nachgehakt. Diese Hartnäckigkeit hat sich endlich ausgezahlt. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick teilte nun mit, dass die sogenannten Bauplanungsunterlagen seit Ende November 2025 vorliegen. Mitte / Ende Februar 2026 soll die Planung sowie die Finanzierung durch den Senat bestätigt sein. Wenn alles wie durch das Bezirksamt erhofft klappt, können im 2. Quartal 2026 endlich mit dem Bau begonnen werden.

Ich bleibe dran, bis tatsächlich die ordentlichen Haltestellen gebaut sind.

Das Licht am Ende des Tunnels

Der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneiche wird abgerissen

Wer am Bahnhof Schöneiche unterwegs ist, kennt das Bild: Bauzäune, Absperrungen und Müll. Der Fußgängertunnel unter der Michael-Brückner-Straße wirkt wie ein vergessener Ort und eine Müllkippe. Jetzt wird er tatsächlich zurückgebaut – aber langsam und kompliziert.

Die technischen Anlagen im Tunnel sind inzwischen entfernt. Auch die Wandmosaike wurden ausgebaut. Sie werden derzeit restauriert und sollen später eine neue Heimat bekommen. Wo genau sie ausgestellt werden, steht aber noch nicht fest.

Was jetzt folgt, ist der eigentlich schwere Teil: die bauliche Entkernung und der teilweise Rückbau des Tunnelbauwerks und seiner Zugänge. Wenn alles nach Plan läuft, sollen die Arbeiten im zweiten Quartal 2026 beginnen. Der Abschluss ist für Anfang 2027 vorgesehen. Bis dahin bleibt der Tunnel jedoch ein Problem-

raum. Trotz Absperrungen wird der Bereich regelmäßig als illegale Müllkippe genutzt. Auch der von einer engagierten Initiative organisierte „Spendenzaun“ für obdachlose Menschen trägt leider immer wieder dazu bei, dass sich Müll ansammelt. Allein in den vergangenen zwei Jahren mussten zusätzlich zu den regulären Reinigungen durch die BSR drei Sonderreinigungen durchgeführt werden.

Gleichzeitig ist der Tunnel ein wichtiger Teil eines viel größeren Umbaus. Erst wenn sein (Teil-)Rückbau abgeschlossen ist, kann der Bahnhofsvorplatz neu gestaltet werden. Für die Menschen in Schöneiche bedeutet das vor allem eines: Viel Geduld.

Noch mindestens ein Jahr lang bleibt der Tunnel eine Baustelle – mit allen Problemen und allem Dreck. Aber es ist auch klar: Es gibt Licht am Ende des Tunnels und bald wird diese Dreckecke dauerhaft beseitigt sein.

So können Sie mich erreichen

Kiez Büro "Nebenan"

Springbornstraße 36a, 12487 Berlin
E-Mail: nebenan@lars-duesterhoeft.de
Telefon: 030 / 63 22 27 185

Öffnungszeiten

Montag	10-18 Uhr
Dienstag	10-15 Uhr
Mittwoch	10-15 Uhr
Donnerstag	10-15 Uhr
Freitag	n.V.

Oder direkt unter:

0179 / 39 34 615
auch per WhatsApp,
Signal oder Messenger

Kiez Büro "AnsprechBar"

Siemensstraße 15, 12439 Berlin
Telefon: 030 / 40 74 22 73
Mittwoch: 10-15 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 23 25 22 90



Lars Düsterhöft Ansprechbar

Neues aus Kiez und Parlament

Dies ist eine persönliche Information Ihres Abgeordneten über seine Arbeit im Parlament und im Wahlkreis – keine Werbung im Sinne von § 7 UWG

Ausgabe Februar / März 2026

Produziert mit Co2-Ausgleich

Nun bin ich Nebenan und AnsprechBar

Mit einem zweiten Kiez Büro bin ich noch näher vor Ort

In der letzten Ausgabe meiner kleinen Zeitung berichtete ich Ihnen, dass sich mein Wahlkreis ab der kommenden Wahl ein ganzes Stück verschiebt. Das heißt leider auch, dass mein Büro, die „AnsprechBar“ in Oberschöneiche, nicht länger in meinem Wahlkreis liegt. Es heißt also Abschied nehmen und aufzubrechen zu neuen Ufern.

Um auch in Zukunft vor Ort, in Ihrer Nachbarschaft, zu sein, habe ich mich auf die Suche nach einer geeigneten Immobilie gemacht. Wer Johannisthal kennt, weiß, dass Gewerbeeinheiten und Büros rar oder extrem teuer sind. Fündig wurde ich letztendlich in Johannisthal-Süd, in der **Springbornstraße 36a**. Mitten im Wohngebiet gelegen, sind mein Team und ich ab sofort nun auch dort ansprechbar und „Nebenan“. Denn „Nebenan“ ist der neue Büroname und neben „AnsprechBar“ auch ein Versprechen: Ich bin stets für Sie da, ansprechbar und stets vor Ort, also nebenan. Darauf können Sie sich verlassen!

Das neue Büro ist zudem gänzlich barrierefrei. Bis die Beschilderung angebracht

ist, kann es noch ein paar Tage dauern, aber schon jetzt sind Sie herzlich eingeladen, vor Ort bzw. „Nebenan“ vorbeizuschauen.

Bis zum Ende dieser Wahlperiode bin ich weiterhin für Oberschöneiche zuständig. Deshalb wird auch die „AnsprechBar“ in der Siemensstraße 15 weiterhin einmal in der Woche, an jedem Mittwoch, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr, geöffnet sein. Die Öffnungszeiten des neuen Kiezbüros „Nebenan“ sind hingegen umfassender:

Montag, 10 bis 18 Uhr

Dienstag, 10 bis 15 Uhr

Mittwoch, 10 bis 15 Uhr

Donnerstag, 10 bis 15 Uhr

Grundsätzlich gilt aber stets: Sie müssen nicht zu mir kommen! Ich komme zu Ihnen! Wann immer Sie ein Anliegen, ein Problem, Sorgen oder Nöte haben, ich komme bei Ihnen vorbei. Gern auch mit Kuchen. Deshalb gilt wie bisher auch: Rufen Sie mich an, wenn ich für Sie aktiv werden kann.

Ihr Lars Düsterhöft

Das Stromnetz wird zur Zielscheibe

Wie reagiert Berlin auf diesen neuen Terrorismus?



Die Folgen des Brandanschlags auf den Strommast in Späthsfelde sind noch nicht beseitigt, da ereilte unsere Stadt ein zweiter Anschlag. Es wird deutlich, dass diese Art des Terrorismus kein einmaliges Ereignis war. Es sind die Fragen zu beantworten, wie der Senat und die Bezirke die sog. kritische Infrastruktur besser schützen können, wie sie besser auf solch eine Kriese vorbereitet sein können und wie sich die Bürgerinnen und Bürger vorbereiten können.

Als im September in Treptow-Köpenick rund 45.000 Haushalte fast 60 Stunden ohne Strom waren, wurde vielen erst klar, was „kritische Infrastruktur“ im Alltag bedeutet. Keine Heizung. Kein warmes Wasser. Kein Licht. Keine digitale Kommunikation und kein Strom für medizinische Geräte. Geschlossene Geschäfte, ausgefallene Bahnen, verunsicherte Menschen. Aus abstrakten Szenarien wurde plötzlich Realität.

Der Brandanschlag auf eine Stromanlage war kein technischer Defekt. Er war ein gezielter Angriff. Und Treptow-Köpenick war der erste Bezirk in Berlin, der diese neue Form der Verwundbarkeit erleben musste. Der Bezirk hat in dieser Situation vieles richtig gemacht. Notunterkünfte wurden eingerichtet, soziale Träger eingebunden, Informationen gesammelt und weitergegeben, Hilfe organisiert. Bezirksamt, Hilfsdienste, soziale Einrichtungen und Ehrenamtliche haben in kurzer Zeit Strukturen aufgebaut, um Menschen aufzufangen, die plötzlich ohne Strom, Heizung oder Warmwasser dastanden.

Die Krise hat aber auch gezeigt: Selbst ein gut organisierter Bezirk und eine vorbereitete Stadt stoßen an ihre Grenzen, wenn zentrale Versorgungsnetze angegriffen werden. Denn Strom ist heute nicht nur Licht in der Wohnung. Er ist Grundlage für Kommunikation, medizini-

sche Versorgung, Verkehr, Pflege, Supermärkte, Heizsysteme und Verwaltungsabläufe. Fällt er aus, steht das gesellschaftliche Leben still.

Dass es im Januar im Berliner Süd-Westen erneut zu einem Anschlag auf das Berliner Stromnetz kam, macht deutlich: Das war kein einmaliger Ausreißer. Zwei gezielte Sabotageakte innerhalb von vier Monaten verändern die Lage grundlegend.

Wichtig ist dabei: Die betroffenen Anlagen waren nicht ungeschützt. Es gab Zäune, bauliche Sicherungen und technische Vorkehrungen. Diese Schutzkonzepte waren jedoch auf Unfälle, Stürme oder Vandalismus ausgelegt – nicht auf organisierte, vorsätzliche Angriffe. Genauso hier liegt der politische Kern der aktuellen Debatte im Abgeordnetenhaus. Berlin muss seine Sicherheitsarchitektur für kritische Infrastruktur neu denken. Weg vom reinen Schutz vor Störungen – hin zum Schutz vor Terrorangriffen.

Das ist keine kleine Nachjustierung. Es geht um Zuständigkeiten zwischen Netzbetreibern, Polizei, Katastrophenschutz und Verwaltung. Es geht um rechtliche Grundlagen für Schutzauflagen, Kontrollen und Eingriffe. Und es geht um die Frage, wie viel Sicherheit eine offene Stadt braucht, ohne ihre rechtsstaatlichen Prinzipien aufzugeben.

Diese Fragen lassen sich nicht mit Aktionismus beantworten. Deshalb wird der Anschlag jetzt parlamentarisch aufgearbeitet: Was hat funktioniert? Wo gab es Lücken? Welche Regeln fehlen? Und welche Strukturen müssen dauerhaft geändert

werden? Treptow-Köpenick bringt in diese Debatte eine besondere Perspektive ein. Der Bezirk weiß aus eigener Erfahrung, was ein solcher Ausfall für Familien, Seniorinnen und Senioren, Pflegebedürftige, Schulen, Kitas und Betriebe bedeutet.

Diese Erfahrungen fließen jetzt auch in die landespolitische Aufarbeitung ein. Ich bin Mitglied dieser Kommission, die bereits im März erste Ergebnisse liefern soll. Im Mittelpunkt dieser Arbeitsgruppe von Abgeordneten wird die Frage stehen, welche Gesetze wie angepasst werden müssen, damit alle Akteure die nötigen Kompetenzen haben, um das Netz besser zu schützen und im Ernstfall besser und schneller handeln zu können. Mein Blick wird besonders auf pflegebedürftige Menschen gerichtet sein.

Diese Anschläge waren ein Weckruf. Aber sie dürfen nicht folgenlos bleiben. Die Lehre aus Treptow-Köpenick ist klar:

Unsere Stadt braucht eine Infrastruktur, die nicht nur funktioniert, sondern auch geschützt ist. Damit Berlin nicht wieder im Dunkeln steht. Und Berlin muss darauf vorbereitet sein, dass inländische und ausländische Terroristen ein Auge auf unsere kritische Infrastruktur geworfen haben.

Zugleich muss uns allen auch klar sein, dass es keinen absoluten Schutz geben kann und wird. Es wird immer wieder Anschläge und Angriffe geben, die uns kalt erwischen und uns nachhaltig treffen. Das auszuhalten gehört zu einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft leider dazu.

Die Mietpreisprüfstelle wird gestärkt

19 neue Stellen zur Aufdeckung und Ahndung illegaler Mieten

Viele Mieterinnen und Mieter fragen sich, ob ihre Miete eigentlich rechtmäßig ist. Gerade bei Neuvermietungen liegt der Verdacht nahe, dass die Mietpreisbremse nicht eingehalten wird. Trotzdem scheuen viele den Aufwand oder wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Hier hilft die Berliner Mietpreisprüfstelle.

In ganz Berlin gilt aufgrund der angespannten Wohnungsmarktlage die Mietpreisbremse des Bundes. Die Miete zu Beginn eines neuen Mietverhältnisses darf deshalb grundsätzlich die ortsübliche Vergleichsmiete höchstens um 10 % übersteigen. Im Fall einer höheren Mietüberschreitung kann der Vermieter von Mieter grundsätzlich gerügt und zur Absenkung und zur Rückzahlung von Miete aufgefordert werden.

Die Mietpreisbremse gilt im Einzelfall nicht immer, Ausnahmen gibt es z.B. bei Erstnutzung und Vermietung nach umfassenden Modernisierungen oder neue-

rem Wohnraum (Erstnutzung nach dem 1. Oktober 2014). Eine individuelle Beratung ist daher stets zu empfehlen.

Die Mietpreisprüfstelle, welche im März 2025 eingerichtet wurde, macht genau dies. Sie prüft auf Anfrage, ob eine verlangte Miete zulässig ist, und informiert Betroffene über ihre Rechte. Die Beratung ist kostenlos und vertraulich. Wenn sich zeigt, dass die Miete zu hoch ange setzt ist, unterstützt die Stelle dabei, die Miete zu senken oder zu viel gezahlte Beträge zurückzufordern. Das Angebot ist besonders für Menschen hilfreich, die sich sonst allein mit komplizierten rechtlichen Fragen auseinandersetzen müssten und eher überfordert wären.

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat nun dafür gesorgt, dass die Mietpreisprüfstelle mit zusätzlichen 19 Personalstellen massiv gestärkt wird, ein dritter Standort eingerichtet werden kann und so eine noch schnellere Prüfung und Beratung möglich wird.

Sprechstunde von Rechtsanwalt Voigt

Jetzt anmelden für die Rechtsberatung am 11. März 2026

Alle zwei Monate berät Sie bei Bedarf Rechtsanwalt Stefan Voigt im Rahmen einer kostenlosen Erstberatung. Er ist auf Sozialrecht spezialisiert, hilft aber auch bei allen anderen Rechtsfragen gern weiter. **Melden Sie sich jetzt an für die Rechtsberatung am 11. März 2026, von 17-18:30 Uhr, in der „AnsprechBar“.**

Sollte es zu weiteren Beratungen oder zur Beauftragung des Rechtsanwalts kommen, geschieht dies außerhalb der kostenfreien Rechtsberatung. Die Anmeldung kann per Mail oder Telefon erfolgen. Die übernächste Rechtsberatung findet statt am Mittwoch, den 13. Mai 2026.